



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Der Zusammenbruch

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

her den Rückhalt zu bieten, der für den erfolgreichen Widerstand notwendig war.

Ganz zugespitzt lautete die Schicksalsfrage: ob die Deutschen dieser Zeit dem westlichen Erbfeinde an jenen seelischen Kräften ebenbürtig seien, die ein Volk in der höchsten Not retten können.

Sehen wir zu, wie die Heimat diese Frage beantwortet hat.

Der Zusammenbruch.

Während die großen Heerführer mit ihren Helfern und Unterfeldherren im Westen den Entscheidungsschlag vorbereiteten und dann von der dritten Märzwoche bis Mitte Juli die deutschen Heere noch einmal zu Siegen geführt hatten, die an die ersten Kriegszeiten erinnerten — während die Kämpfer an der Front die besten Eigenschaften der deutschen Soldaten durch stürmische Tapferkeit und lebenverachtenden Opferwillen zeigten —: während draußen so Großes geschah und die letzte Entscheidung im Werden war, ging das unheimliche Schicksal in der Heimat seinen verhängnisvollen Gang weiter. Wohl bewirkten die neuen Siegesnachrichten vorübergehend ein Aufflammen der Stimmung, aber von einer allgemeinen und nachhaltigen Erhebung der Seelen, wie der Ernst der Zeit sie erforderte, war nichts zu merken. Allein der Kreis der Völkischgesinnten hatte die ganze Bedeutung des Weltkrieges für das deutsche Volk erkannt und wußte, daß die Mittelmächte bei dem Vernichtungswillen der Feinde keine andere Wahl hatten, als zu siegen oder unterzugehen; er ermüdete nicht in seinen Anstrengungen, die Deutschen zum Durchhalten bis zum Äußersten zu ermahnen, blieb aber mit der gesinnungsverwandten Presse bei diesen Bemühungen vereinsamt. Heftiger als je wurden ihm die Verleumdungen der Leute des Verzichtes und des Verständigungsfriedens entgegengeschleudert, als dächten diese „Kriegsverlängerer“ nur an ihren Vorteil und seien Willens ihm ungezählte weitere Menschenleben zu opfern. Es tobte so etwas wie eine „innerpolitische Generaloffensive“ gegen die verhaßten „Alldeutschen“, bei der die Reichstanzlei und das Auswärtige Amt die Hand im Spiele hatten. Die Regierenden machten gar nicht den Versuch, die Führung des Volkes im letzten Augenblicke in die Hand zu nehmen; ihrer ganzen Art nach konnten sie ihn auch nicht machen, und der Kaiser raffte sich auch jetzt nicht zu dem Entschlusse auf, starke Persönlichkeiten mit der Leitung der Reichsgeschäfte zu betrauen. Die Zeit war überreif für die „Diktatur“, für die Übertragung des Inbegriffes aller staatlichen Machtbefugnisse an einen oder mehrere Männer von ungebrochener Nerven- und Willenskraft, die, mit politischem Instinkt und in genauer Kenntnis des Führungsbedürfnisses ihres Volkes, das Rettungswerk in Angriff genommen hätten. Dem Kaiser selbst fehlten alle Eigenschaften zum „Diktator“; er hätte aber Männer finden können, die die notwendigen

Taten verrichteten. Damit wäre im deutschen Reiche endlich dasselbe geschehen, was die „großen Demokratien des Westens“, was England, Frankreich und die Vereinigten Staaten vorher getan hatten: dort hatte man erkannt, daß ein Krieg solcher Art die höchste Kraftanspannung der Völker erheischt, die nicht durch das Hineinreden der Parlamente erreicht werden kann sondern nur durch die Überlassung der höchsten Gewalten an Vertrauensmänner der Volksgesamtheit. So hatten in England Lloyd George, in Frankreich Clémenceau, in den Vereinigten Staaten Wilson die unumschränkte Gewalt an sich gerissen, und es dachte im Ernste niemand daran sich dieser Notwendigkeit zu widersetzen; diese Völker fügten sich den innerpolitischen Anforderungen, die der Krieg an sie stellte; sie ließen Demokratie Demokratie sein, um den Krieg zu gewinnen. Anders im deutschen Reiche! Hier sah es nachgerade so aus, als ob der Krieg nur geführt werde, um den Mehrheitsparteien Gelegenheit zu geben, ihre Machtansprüche gegen das Reich und die Bundesstaaten, gegen den Kaiser und die Bundesfürsten durchzusetzen. Und kein zornig-entschlossenes Wort, keine Tat, die sie in die Schranken zurückgewiesen, die ihnen „ihres Nichts durchbohrendes Gefühl“ beigebracht hätte.

Ruchlose Reden gingen durch das Land: „wenn der Krieg gewonnen werde, komme die Reaktion oben auf“; „der Sieg an der Front bedeute den Sieg des Militarismus in der Heimat“, und dem Sinn nach ähnliche Sätze. Politische Wortführer der Sozialisten sprachen offen davon, daß ein deutscher Sieg für die Entwicklung der Demokratie unerwünscht sei — insgeheim äußerten sich Anhänger der bürgerlich-jüdischen Demokratie im gleichen Sinne.

Die Oberste Heeresleitung wurde beschuldigt, die politische Herrschaft an sich gerissen zu haben; die Bemühungen, die Mannschaften draußen und in der Heimat über die Bedeutung des Krieges aufzuklären, wurden als „reaktionär-annexionistisch alldeutsche“ Stimmungsmache verdächtigt, so daß die Kriegsverwaltung sich einschüchtern ließ.

In den Eisenbahnen und Wirtshäusern, überall, wo Menschen zusammen waren, fanden sich gewissenlose Hezer, die dem Überdruß am Kriege das Wort redeten und die Notwendigkeit seiner Beendigung mit krausesten Behauptungen begründeten, die allzu oft auf die Urteilslosen Eindruck machten. Gewiß war der Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen immer drückender geworden, so daß die Not groß war — gewiß wurden in Massen selbständige mittlere und kleinere Kaufleute, Unternehmer und Handwerker, die im Gelde standen, wirtschaftlich vernichtet, während Altersgenossen, die aus irgendwelchen Gründen vom Kriege befreit waren (die „Reklamierten“) die Lage ausnützen konnten und rasch in die Höhe kamen — gewiß litt der Mittelstand, dessen Einnahmen sich nicht erhöhen ließen unter den maßlos wachsenden Kosten

der gesamten Lebenshaltung — gewiß war es für ungezählte Familien, deren Väter gefallen oder jahrelang Dienst zu tun hatten und die des Ernährers entbehrten, hart, auf die jedenfalls für größere Städte unter solchen wirtschaftlichen Verhältnissen unzureichende Kriegsunterstützung beschränkt zu sein — gewiß fühlten sich besonders die Frauen von den verkehrten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung verstimmt; das alles erzeugte wachsenden Unwillen, dessen Äußerungen aber die Hauptsache übersahen: daß England der Urheber aller Not und daß es nur ein sicheres Mittel gab, ihr ein dauerndes Ende zu bereiten, nämlich die innere Festigkeit, die Entschlossenheit des deutschen Volkes, die vorübergehende Not bis zum Siege zu ertragen.

Und keiner unter den Regierenden, der es verstand den Unwillen über die innere Not auf die Feinde zu lenken, aus ihm den Entschluß zu wecken bis zum Äußersten durchzuhalten! So machte die Zermürbung der Gemüter ungehemmt Fortschritte. Dazu kam die Zerstörung des Rechtsbewußtseins, des Sinnes für Geseßlichkeit, die eine Folge jener vernunftwidrigen Geseßmacherei war, die das Volk seit Kriegsbeginn über sich hatte ergehen lassen müssen. Die Zahl der Verordnungen, die sich insbesondere auf die Verfügung und Verteilung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen bezogen, war unübersehbar, ihr Inhalt so, daß niemand mehr wußte was Recht oder Unrecht sei. Vor allem: wer den Bestimmungen über die Ernährung nachkommen wollte, geriet in Gefahr zu verhungern; so gab es schließlich kein Haus mehr, in dem nicht obrigkeitliche Anordnungen Tag für Tag übertreten wurden. Die Schleichhändler waren dazu behilflich und ließen sich die Gefahr, die sie dabei liefen, mit Wucherpreisen bezahlen; keine noch so hohen Strafen vermochten den Schleichhandel zu unterdrücken. Alle Vorschläge an die Regierenden, so verderblichem Treiben durch Aufhebung der vernunftwidrigen Wirtschaftsmaßnahmen zu steuern, blieben unerhört. Das flache Land, dessen Geist durch den Schleichhandel angegriffen, ja zum guten Teil vergiftet war, sollte mehr liefern, als es bisher geboten hatte: im Wege des Zwanges, der oft Unschuldige traf, suchte man dies zu erreichen und übertrug damit die Erbitterung auch auf die Landbevölkerung. Die Geschäfte der Staatsfeinde gediehen: aus Rücksicht auf die Massen hatte man die „Zwangswirtschaft“ eingeführt. In Wirklichkeit diente dies System, wenn auch nicht von vornherein mit Absicht so doch im Verlaufe seines Ausbaues, der Bereicherung jener Kreise, die seine Träger waren — und dies waren vor allem die Juden. Je länger je mehr litten die Massen unter diesen Maßnahmen und wurden dem Staate auffällig; statt auf dem Wege umzukehren, erregte man noch das Landvolk: wer sollte denn den Staat noch halten?

Das fortgesetzte Zuwiderhandeln gegen obrigkeitliche Verordnungen, die selbst von ihren Urhebern nicht befolgt wurden, weil es unmöglich war, führte zu einem Zustand allgemeiner Entsittlichung, von dem Schlimmes zu erwarten war. Dazu kamen die gesteigerten Einnahmen der Masse, von den jüngsten Arbeitern beiderlei Geschlechts an; für sie verlor das Geld jeden Wert, und die Verwilderung der Jugend und der Frauen nahm überhand. Die Verbrechen häuften sich.

Der Mangel einer festen, auf Großes gehenden politischen Führung machte sich bis in die untersten Schichten geltend. Die Mehrheitsparteien und ihre Presse hatten es völlig aufgegeben aus diesem Kriege für ihr Volk etwas heimzubringen, das seine Zukunft sichern konnte; sie waren „international“ schlecht hin geworden, faselten vom „Weltgewissen“, setzten sich für das „Selbstbestimmungsrecht“ der besiegten Völker ein, schwärmten für den „Völkerbund“ und erblickten in der „Freiheit der Meere“ das oberste Kriegsziel. Es war ihnen vorbehalten, die einzigen Internationalen unter den kriegsführenden Völkern zu sein, da die Sozialisten und Klerikalen aller anderen Länder im Kriege ausgesprochen „national“ geworden waren.

In der jüdischen Presse wurde für den baldigen Abschluß des Krieges durch einen „Geschäftsfrieden“ Stimmung gemacht — als ob dieser furchtbare Völkerzusammenstoß etwas sei, was durch Verhandlungen im geschäftlichen Sinne ausgeglichen werden könne. Für die Mehrheitsparteien und alles, was in Presse und öffentlichem Leben an Pazifisten, Verzichtleuten und Verständigungspolitikern zu ihnen hielt, war Präsident Wilson der Hohepriester der neuen Zeit der Abrüstung, des Völkerbundes und des Selbstbestimmungsrechts der Völker geworden, seit er dem Kongreß zu Washington durch seine Botschaft vom 8. Januar 1918 die zu weltgeschichtlicher Bedeutung gelangten „14 Punkte“ offenbart hatte, die nach seiner Ansicht die Bedingungen des Weltfriedens bilden mußten; zu ihnen hatte er in einigen Ansprachen noch weitere Erläuterungen gegeben.

Wer die „14 Punkte“ Wilsons so verstand, wie sie nach Wortlaut und Sinn gemeint waren, erkannte sofort, daß ein Friede auf dieser Grundlage das Ende des deutschen Reiches und Österreich-Ungarns bedeuten werde: darin wurden dem annoch sieghaften deutschen Reiche nicht nur die Wiederherstellung Belgiens und die Herausgabe aller in Ost und West besetzten Gebiete angedungen, sondern auch die Wiedergutmachung des an Frankreich im Jahre 1871 angeblich verübten Unrechtes und die Wiederherstellung eines freien selbständigen polnischen Staates mit gesichertem Zugang zur Ostsee.

Das bedeutete: Das deutsche Reich solle nicht nur unter Verzicht auf seine Kriegskosten Belgien und Nordfrankreich räumen sondern sämt-

liche dort durch den Krieg verursachten Schäden auf seine Kosten wiederherstellen — schlimmer noch: es solle auf Ausdehnungsmöglichkeiten im Osten verzichten; — am schlimmsten: es solle das Reichsland an Frankreich herausgeben und die polnisch gemischten Gebiete Preußens an den zukünftigen polnischen Staat abtreten.

Die Kundgebung so ungeheuerlicher Bedingungen durch das Oberhaupt eines der feindlichen Staaten hätte eigentlich allein schon genügen sollen, die Geister im Reiche über die Absichten der Feinde aufzuklären und den Willen zum Durchhalten aufs Äußerste zu stärken. Aber die Leute des Geschäfts- und Verständigungsfriedens waren ganz anderer Meinung: sie sahen in Wilson den großen Demokraten, den Propheten einer neuen Staatskunst, den wahrhaft „modernen“ Staatsmann; die von ihm verkündeten Hochziele des Völkerbundes, der Abrüstung, des Freihandels, der Freiheit der Meere, der „offenen Diplomatie“ waren ihre eigenen, und auch die Räumung Belgiens, Frankreichs und Rußlands entsprach ihrer Meinung; so dachte man sich die „Verständigung“, die das deutsche Volk freilich politisch und wirtschaftlich erdrücken mußte, und rechnete nach Händlerart damit, daß Wilson in bezug auf Elsaß-Lothringen und Polen „vorgefordert“ habe und darüber mit sich reden lassen würde. Und die Vertreter so unpolitischer Anschauungen konnten die öffentliche Meinung des im Kampfe ums Dasein stehenden deutschen Volkes beherrschen, weil sie die Parteien der Massen und die Massenpresse für sich hatten — diese auch wirtschaftlich nur ganz klein denkenden, die machtpolitischen Grundlagen jeder Volkswirtschaft außer acht lassenden Krämerseelen wurden die schicksalbestimmenden Wortführer eines Volkes, dessen Blüte im Waffenkampfe mit fast der ganzen bewohnten Erde höchstes Heldentum bewies. Diese für die Ehre des deutschen Volkes Gefühlosen durften ungehindert Meinungen vertreten, die das Ehrgefühl der zu Hause Gebliebenen abstumpften und schließlich töteten. Um die Gegensätze der Weltanschauung in ihren Helden zu spiegeln: dieselben, die Hindenburg und Ludendorff mit ihrem Hasse verfolgten, waren die Verehrer des Präsidenten Wilson. Er wurde ihr Göze und blieb es, bis er selbst vor ihnen in Versailles ihr Gözenbild zerschlug. Von allen Beweisen, die das deutsche Volk seit Bismarcks Entlassung in bezug auf seine politische Instinkttlosigkeit gegeben hatte, ist dies der allerbeschämendste, daß Menschen, die auf politisches Urteil Anspruch erhoben, dem widerwärtigsten und verlogenen Feinde ins Garn gingen, daß sie als politischen Idealismus ansahen, was platteste Gemeinplätze waren, daß sie die gotteslästerliche Salbung eines Herz- und Gemütslosen für Menschenliebe und als Ausfluß neuester Staatsweisheit nahmen. Daß dies mit Hilfe der jüdischen und jüdisch-bestimmten Zeitungen geschah, nimmt dem Vorgang nichts vom Beschämenden, läßt im Gegenteil

die Urteilslosen in ihrer ganzen geistigen Abhängigkeit von einer zwar deutsch-geschriebenen, aber deutschfeindlichen Presse erscheinen.

Wer will es den Vaterlandstreuen verdienen, wenn sie trotz der neuen Siege im Westen die Gefahr des Zusammenbruches der Heimat näher rücken sahen!

Dabei wurde bekannt, daß auch an der Front nicht mehr alles war, wie es sein sollte. Der lange Krieg hatte die Berufsoffiziere in Massen verbraucht; insbesondere die Leutnante und Oberleutnante, die mit den Truppen am meisten zusammenleben, waren furchtbar zusammengesmolzen. So mußten die fehlenden untersten Führer dadurch beschafft werden, daß in Massen „Kriegsleutnante“ ernannt wurden, die man den im Besitze des Einjährigen-Zeugnisses Befindlichen entnahm. Der Krieg verwirklichte die alte Forderung der Linken nach „Demokratisierung des Offizierskorps“, indem auch Leute befördert wurden, die weder nach Bildung und Lebensführung noch nach ihrer Herkunft den Mannschaften überlegen waren, also der Unterlagen jedes Führerberufes entbehrten. Es ist sicher, daß unter diesen viele waren, die sich trotzdem bewährten — ebenso sicher aber auch, daß viele sich über den gemeinen Mann erhoben, nun den Vorgesetzten zur Schau trugen und hoffärtig wurden. Es ist unendlich oft ausgesprochen worden, daß der Soldat fast immer mit seinen Berufsoffizieren und älteren Vorgesetzten aus dem Beurlaubtenstande gut auskam, daß er dagegen viele Beschwerden gegen die hochmütigen „Kriegsleutnante“ hatte, die ihn von oben herab, also unfkameradschaftlich behandelten, auch wenn sie viel jünger waren. Das „Reklamierten-unwesen“ erregte viel böses Blut; es kam in zahllosen Fällen vor, daß Kriegsdienstfähige aller Berufe, durch irgendwelche Verwendung, in der Heimat und in ihrer Tätigkeit belassen wurden, während ihre Berufsgenossen im Felde standen; die meinten nun, daß eine Ablösung, ein Auswechseln sehr wohl möglich sei, und empfanden es mit Zug als Ungerechtigkeit, daß jene Jahre hindurch von jedem Kriegsdienst frei blieben und zu Hause Geld verdienen konnten, während sie selbst unabgelöst den Gefahren und Anstrengungen des Krieges ausgesetzt waren. Noch schlimmer war es, daß an Begünstigung, ja an Bestechung geglaubt werden konnte, die Massen von Kriegsdienstfähigen in der Heimat zurückhielt. So erregte der Menschenbedarf der verhaßten Kriegsgesellschaften besonders an der Front Anstoß. Die jüngsten Jahrgänge des Ersatzes ließen viel zu wünschen übrig; die großstädtische Jugend, die aus den Munitionsfabriken kam, erwies sich als sozialistisch verhebt und oft minderwertig; wo sie unter älteren, wackeren Kameraden verteilt waren, wurden sie doch erzogen und brauchbar. Was vom Osten nach dem Westen kam, war nicht selten bolschewistisch verseucht und wirkte nun dort ansteckend; es war nicht hinreichend darauf geachtet worden, die Truppen im Osten vor deutschgeschriebenen bolschewisti-

schon Druckschriften und vor dem Verkehr mit Verführern zu sichern. Die Nachgiebigkeit gegen die Machthaber der Reichstagsmehrheit hatte längst dazu geführt, daß ungehemmt sozialistische Zeitungen und Schriften an die Front kamen; fast noch schlimmer wirkte die bürgerliche Judenpresse, die in Massen verbreitet war und die mit ihrer unablässigen inneren Heße, mit ihrem Kampf gegen jedes Siegesziel, mit ihrer Verdächtigung der Völkischgesinnten als Kriegsverlängerer je länger je mehr die Gemüter zermürbte. An der eigentlichen Kampffront, vorn am Feinde, herrschte trotzdem fast durchweg ein ausgezeichneter Geist: man muß die sittliche Widerstandskraft der Männer bewundern, die in den schwersten Gefahren und Anstrengungen trotz aller schädigenden Einflüsse pflichtgetreue Vaterlandsverteidiger blieben. Der Feind hatte ein neues Mittel gefunden, diese ganz vorn Stehenden zu bearbeiten, indem er von Flugzeugen aus Massen von Drucksachen über sie ausschüttete, in denen ihnen die Nutzlosigkeit des Widerstandes, die Derruchtigkeit ihrer Regierung usw. dargetan wurde — alles mit der Aufforderung verbunden die Waffen niederzulegen.

Hinter der Front, in den Verbindungsstandorten, den sog. „Etappen“, sah es längst unerfreulich aus. Dort waren Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften weit über Bedarf vorhanden, die nicht voll beschäftigt waren; sie hatten die Vorräte an Nahrungsmitteln bei der Hand und konnten ein Leben führen, wie es weder in der Heimat, noch viel weniger an der Kampffront möglich war. Unzureichende Beschäftigung bei gutem Leben verdarb die „Etappen“, und es ist leider festzustellen, daß viele Offiziere den Untergebenen mit schlechtem Beispiel vorangingen. Unbegreiflich, daß die Heeresverwaltung dem allgemein bekannten Unwesen nicht zu Leibe rückte, insbesondere den Bestand der „Etappen“ an Offizieren und Mannschaften nicht so herabdrückte, daß sie wirklich arbeiten mußten. Durchstechereien kamen vor; Lebensmittel, die den tapferen Kämpfern zufamen, wurden in die Heimat geschickt — kurz: es geschah viel zu vieles, was bewies, daß Pflichttreue und Verantwortungsgefühl gegen die Kameraden eingeschlafen waren. Als der Krieg im Osten beendet war, entwickelte sich besonders in Rußland, Polen, Rumänien, in der Ukraine und in den Ostseeprovinzen unter den beschäftigungslosen Offizieren und Mannschaften ein Treiben, das auf die Lösung der sittlichen Bande, die einst das Heer zusammengehalten hatten, schließen ließ; die Ehrliebenden im Heere und in der Heimat mußten erröten, wenn sie hörten, wie Deutsche die beseitigten russischen Dienststellen an Bestechlichkeit übertrafen, daß sie selbst unehrenhafte Geschäfte betrieben und sich bereicherten. Es war schlimm, daß gegen dies ansteckende Treiben nichts Ernsthaftes geschah.

Auch in der Heimat war die Verderbnis in das Heer eingezogen. Die dort stehenden Truppen waren, leicht begreiflich, noch viel mehr den

schädlichen Einflüssen der Presse und der Hezzer ausgesetzt. Auch hier erwies es sich — wie in den Verbindungsstandorten — als fehlerhaft, daß viel zu viel Leute versammelt waren, die nicht hinreichend beschäftigt wurden, und die entweder an die längst menschenknappe Kampffront gehört hätten oder bis zu ernsthafter militärischer Verwendung zu ihrer bürgerlichen Tätigkeit hätten entlassen werden sollen. So lagen sie gehäuft in den Städten und waren den Nachteilen des Müßigganges preisgegeben. Unbegreiflich, daß dieses Übel erkannt und doch nicht abgestellt wurde, zumal da es überall, vor allem in Landwirtschaft und Industrie, an Arbeitskräften fehlte. Es wurde bekannt, daß die „Unabhängige Sozialdemokratie“ planmäßig Hezredner ausbildete, die auf die Truppen, besonders der Großstädte, losgelassen wurden; sie hatten den Umsturz vorzubereiten und streuten die Saat, die bald so verderblich aufging. Wie weit die Zersetzung vorgeschritten war, bewiesen sich häufende Fälle von Meutereien in der Heimat. Auch feindliches Geld spielte eine Rolle; kein Zweifel, daß feindliche Beauftragte hezten und schürten, Bestechungen verübten und Ehrlose fanden, die sich verführen ließen. Als der Friede mit der russischen Sowjet-Republik geschlossen war, betrieben die jüdischen Machthaber dieses Nachbarlandes das Zerstörungswerk im größten Maßstabe — erst recht, nachdem der Jude Joffe als Botschafter in Berlin eingezogen war und durch seine „Kuriere“ russisches Geld im Reich verteilen und umstürzlerische Umtriebe aller Orten einfädeln ließ.

All diese Dinge waren den Behörden bekannt; aber aus Angst vor den herrschenden Volksführern wagten sie nichts dagegen zu tun, obwohl die Oberste Heeresleitung auf Abstellung drang. Wo tatkräftige Befehlshaber in der Heimat eingriffen, machten sie sich mißliebig und wurden beseitigt.

Die Kriegsverwaltung ließ es trotz der fortgesetzten Anforderungen der Obersten Heeresleitung, die Lücken an der Front rechtzeitig zu stopfen, an Nachdruck fehlen, weil die maßgebenden politischen Stellen fürchteten, durch scharfes Vorgehen gegen unnötig „Reklamierete“ die Massen zu reizen; als Not an Mann ging, fehlten im Westen über 600000 Mann, um die Verteidigung erfolgreich führen zu können; der Kriegsminister Scheuch, der anfangs Oktober 1918 dem General von Stein im Amte gefolgt war, erklärte, diese Anzahl von Ende Oktober ab zur Verfügung stellen zu können; vorher war es zum Schaden der Kriegführung nicht geschehen.

Die Wortführer der Mehrheitsparteien und deren Presse beherrschten die öffentliche Meinung vollkommen; ihr Plan ging dahin, das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Deshalb wurde der Streit um das preußische Wahlrecht mit wüster Leidenschaftlichkeit weitergeführt; an dem Ergebnis der Verhandlungen von Litauisch Brest wurde getadelt, daß es den Grundsätzen der Reichstagsentschließung vom 19. Juli wider-

spreche, weil auf das Machtwort der Obersten Heeresleitung der Reichskanzler und das Auswärtige Amt den Forderungen der „Annexionisten“ nachgegeben hätten, statt einen Verständigungsfrieden zu schließen, der den Feinden den guten Willen des deutschen Reiches bewiesen hätte. An der Verwaltungstätigkeit von „Ober-Ost“ hatte man auszusetzen, daß sie zu wenig im Sinne der befreiten Litauer, Letten usw. verfare; bewährten Männern wurde die Weiterarbeit unmöglich gemacht, so daß sie sich von so verlorenen Posten zurückzogen.

Graf Hertling erkannte wohl, daß ein Regieren mit so übermütig gewordenen Parteiführern wie Erzberger und Scheidemann nicht möglich sei und kündigte in vertrauten Gesprächen die Absicht an, zuerst das Zentrum von seinem bösen Geiste Erzberger zu befreien und dann den Kampf mit der Sozialdemokratie aufzunehmen. Zur Ausführung dieses Planes fand der müde und überbehußame Kanzler nicht die Kraft; trotzdem kam es zum Bruch zwischen ihm und Erzberger, weil dieser Anfang Mai 1918 im Hauptausschuß des Reichstags in Fragen der Ostpolitik einen Vorstoß machte, der allgemein als Angriff gegen Graf Hertling gedeutet wurde.

Das „große Kabinett“ war schon längst nicht mehr nach dem Geschmade der Mehrheitsparteien, deren Führer die leitenden Posten selbst erstrebten und die reine Parlamentsherrschaft aufrichten wollten. Hertlings Vorgehen in der Wahlrechtsvorlage erregte ihr Mißfallen, obwohl der Kanzler davon gesprochen hatte, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in Preußen eingeführt werden müsse, um die Krone zu retten. So weit war es bereits gekommen. Die Mehrheitspresse hatte den „neuen Geist“ begrüßt, der jetzt im öffentlichen Leben zur Herrschaft gelangt sei; der Vizekanzler von Payer hatte davon gesprochen, daß man die „ausgefahrenen Geleise“ der früheren Politik verlassen habe — nun zeigte sich, wohin die Fahrt ging.

Man kann es den treuen Preußen nachfühlen, daß sie es als Entrechtung ihres Staates empfanden, wenn nicht-preußische, besonders süddeutsche Reichstagsführer die Forderung vertraten, Preußen solle freiheitlich umgestaltet werden; dies sei nötig, um den im neutralen und feindlichen Ausland erhobenen Vorwurf zu beseitigen, Preußen sei der Sitz der „Reaktion“, und dort regiere eine brutale „Militär-Kaste“ — nebenbei Behauptungen, die das Ausland dem Wortschatze der jüdisch-demokratischen und sozialistischen Presse entnommen hatte.

Aber auch in sich zeigte das „große Kabinett“ Sprünge. Staatssekretär von Kühlmann, der Liebling der Reichstagsmehrheit, hatte sich in immer schärferen Gegensatz zur Obersten Heeresleitung begeben. Er brachte es fertig, am 25. Juni 1918 angesichts der eben erfochtenen Siege der deutschen Heere im deutschen Reichstag zu äußern, daß „bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm beteiligten auch überseeischen Mächte, durch rein militärische Entschei-

dungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen, ein Ende nicht erwartet werden könne". Dieser Ausspruch des Staatssekretärs erregte ungeheures Aufsehen; er lieferte Wasser auf die Mühlen der Verständigungsleute im Inland und wurde im Ausland als das Zugeständnis eines verantwortlichen Ministers aufgefaßt, daß der Krieg für die Mittelmächte nicht mehr gewonnen werden könne. Seine Wirkung an der Front kann man sich vorstellen: in der Zeit von der dritten Maiwoche bis Anfang Juni hatten die deutschen Heere im Westen Sieg auf Sieg erfochten und ihre Großtaten mit Strömen von Blut bezahlt. Und nun sagte der Staatssekretär des Auswärtigen es vor aller Welt, daß auf diese Art das Ende des Krieges nicht herbeigeführt werden könne. Wofür waren dann diese furchtbaren Opfer gebracht, wozu sollten noch weitere dem Heere zugemutet werden? Man kann sich denken, daß die feindliche „Propaganda“ sich den Ausspruch Kühlmanns zu nütze machte, um die deutschen Truppen zu entmutigen, zu verwirren. Daß die Oberste Heeresleitung, die sich von dem Staatssekretär vor aller Welt angegriffen sah, mit einem solchen Manne nicht mehr zusammenarbeiten wollte, war selbstverständlich; so wurde ihm, der bei den Verhandlungen mit Rumänien ganz versagt hatte, Ende Juni der Abschied erteilt. Die Folge war, daß der Obersten Heeresleitung wieder vorgeworfen wurde, sie habe eigenmächtig und verfassungswidrig in die Politik eingegriffen.

Um sich den ganzen Gegensatz zwischen dem Zustande des deutschen Reiches und Frankreichs klar zu machen, sei an Clémenceaus wildentschlossenen Aufruf erinnert, vor, in und hinter Paris schlagen zu wollen, als die Deutschen 80 km vor der feindlichen Hauptstadt standen, während der deutsche Staatssekretär dem siegreichen deutschen Heere sagte, daß der Krieg durch rein militärische Entscheidungen nicht zum guten Ende gebracht werden könne!

Wer jetzt Blätter von der Geistesrichtung der Reichstagsmehrheit aus jener Zeit liest, zweifelt nicht, daß das Gift, das zuerst in der jüdischen und jüdisch-bestimmten Presse bereitet wurde, das dann die Volksvertretung und einen Teil der öffentlichen Meinung angesteckt hatte, allmählich breiteste Volksschichten ergriffen hatte. Es war wie eine geistige, politische Ansteckungskrankheit, die alle guten Regungen der von ihr Befallenen ertötete — und die zur Betreuung des Volkes Berufenen machten gar keinen Versuch, den Arzt zu rufen oder die Heilmittel zu finden, die Rettung bringen konnten, ehe das Übel zum schlimmsten gediehen war.

In solcher Geistesverfassung befand sich die öffentliche Meinung — trotz der Siege in Frankreich — als die Nachricht in die Heimat kam, daß der letzte Großangriff der Kronprinzen-Armee zum Stillstand gekommen und daß der Feind am 18. Juli zu mächtigem Gegenstoß übergegangen sei. Als nun Schlag auf Schlag die Meldungen von der Zurücknahme der

deutschen Linien sich folgten, mit denen die Preisgabe schwer erämpfter Städte, Ortschaften und Stellungen verknüpft war, entstand in den zermürbten Geistern eine tiefe Entmutigung, die sich nach den weiteren Erfolgen der Feinde in der zweiten Augustwoche steigerte. Dazu wurde bekannt, daß am 8. August ein Teil der Truppen versagt habe; die Gerüchte vergrößerten auch andere Vorgänge und wußten von unglaublichen Massen von Überläufern zu erzählen.

Wenn die Heimat nicht geistig-sittlich krank gewesen wäre, hätten diese Nachrichten sie zur Selbstbesinnung bringen müssen, da auf der Hand lag, daß hauptsächlich ihre Einwirkung die Front zermürbt hatte. Wenn eine Spur des Heldengeistes, der dort überwog, in der Heimat vorhanden gewesen wäre, hätte spätestens Anfang August aller innere Hader geschwiegen und alle Gruppen und Schichten hätten sich erneut zusammengeschlossen, um den Kampf fürs Vaterland auf Tod und Leben zu bestehen. Aber es geschah nicht nur nichts derart, sondern die Leute der Reichstagsmehrheit deuteten den Rückschlag im Felde politisch aus, indem sie erpresserisch ihre Macht erweiterten; fast schien es, als ob sie die Vorgänge im Felde wesentlich unter dem Gesichtspunkt ihrer innerpolitischen Bestrebungen betrachteten.

Für die Beurteilung der inneren Lage ist es kennzeichnend, daß der Kaiser in einem am 14. August 1918 in Spaa abgehaltenen Kronrate, in dem General Ludendorff auf die zermürbende Einwirkung der Heimat auf die Front verwiesen und strengere innere Zucht sowie machtvolle Zusammenfassung aller inneren Kräfte geheißt hatte, forderte, die „einzelnen Ressorts dürften nicht mehr wie bisher gegen einander arbeiten . . . die Militär- und Zivilbehörden müßten zusammenarbeiten“. Genau dasselbe hatten die völkischen Kreise von den ersten Anzeichen der beginnenden Zersetzung an verlangt und dem Kaiser vorgestellt; er aber hatte nicht hören und sehen wollen! Jetzt, wo das Heer auf dem Rückzug war, wo das Übel sich in der Heimat eingefressen hatte — jetzt sollten dieselben Regierungsleute, die es dahin hatten kommen lassen, die Umkehr bereiten!

Die Art, in der die Oberste Heeresleitung in der zweiten August- und ersten September-Hälfte die rückwärtigen Bewegungen vornahm, war meisterhaft, und die Truppen schlugen sich — abgesehen von schmerzlichen Ausnahmen — fast durchweg ausgezeichnet; ihre Haltung erregte die Bewunderung ehrlicher Feinde, und Mitte September konnte das Urteil dahin lauten, daß die Truppen wieder fest in der Hand ihrer Führer seien und daß man das Schlimmste überstanden habe; wenn jetzt die Heimat ihre Pflicht tue, könne der Krieg zu einem erträglichen Ende geführt werden.

Da tat zunächst Kaiser Karl einen politischen Schritt, der bewies, wie weit er sich von dem Bundesgenossen entfernt hatte, und dann folgte

auf dem bulgarischen Kriegsschauplatz ein Schlag von weittragendsten Wirkungen.

Seit den ungünstigen Ereignissen im Westen anfangs August 1918 drängte Kaiser Karl darauf, daß noch in diesem Jahre der Friede zustande kommen müsse. In wechselvollen Verhandlungen zwischen den Verbündeten drehte es sich darum, daß von reichsdeutscher Seite ein unmittelbarer Friedensschritt als verderblich verworfen und die Vermittlung einer am Kriege unbeteiligten Macht für angezeigt erklärt wurde, während Kaiser Karl den Vorschlag von Österreich-Ungarn ausgehen lassen wollte, um sich „die Rolle des Friedensstifters nicht von anderen nehmen zu lassen“. Trotz des deutschen Widerspruches ließ der österreichisch-ungarische Außenminister Graf Burian, der Nachfolger des Grafen Czernin seit dem Frühjahr 1918, am 14. September eine Friedensnote hinausgehen, durch welche die politische Stellung des Vierbundes den Feinden gegenüber erschüttert wurde. Zwei Tage vorher hatte der Vizekanzler von Payer in einer Rede zu Stuttgart den unzweideutigen Verzicht des deutschen Reiches auf Belgien ausgesprochen, aber betont, daß das im Osten Erreichte festgehalten werden sollte. Die Feinde nahmen beide Kundgebungen als Beweis der Schwäche — den Verzichtleuten im Reich aber ging Payer noch nicht weit genug, weil er nicht auch den Osten preisgab.

Am 15. September erfolgte an der mazedonischen Front der große Stoß des Vierverbandes — Franzosen, Engländer und Serben —, der in einer Tiefe von 30 km die Linie der kampfmüden, teils bestochenen, teils bolschewistisch verseuchten Bulgaren durchbrach. Der Erfolg war vollständig; das bulgarische Heer löste sich in wilder Flucht auf, und schon am 2. Oktober schloß Bulgarien einen Waffenstillstand ab, demzufolge es sein Heer auf den Friedensfuß setzen und den Einmarsch der Sieger gestatten mußte.

Hier rächte sich der schwere Fehler, daß im Spätjahr 1915 der Vierbund unter deutschem Einfluß auf die Einnahme von Saloniki verzichtet hatte. Schnell auf den Weg gebrachte deutsche Truppen kamen zu spät nach Bulgarien, um das Geschehene rückgängig machen zu können; die an der mazedonischen Front stehende Division kehrte in der Überzeugung zurück, daß ihre Bundesgenossen nicht eigentlich geschlagen worden seien, sondern sich hätten schlagen lassen und fortgelaufen seien; die von ihnen besetzten Stellungen seien stark und leicht zu verteidigen gewesen. — Zar Ferdinand mußte abdanken; die öffentliche Meinung des Landes wurde geschlossen deutschfeindlich. Die Folgen dieser Vorgänge waren überaus ernst: abgesehen von der stimmungsmäßigen Wirkung des bulgarischen Abfalles war nicht nur die Verbindung mit der Türkei zerrissen, sondern es lag auch einem Angriff des über eine halbe Million starken mazedonischen Heeres des Vierverbandes auf die Südgrenze Ungarns nichts mehr im Wege.

Die unglücklichen Ereignisse beschränkten sich nicht auf diesen Kriegsschauplatz. Die Mächte des Vielverbandes, die durch die im Laufe des Jahres 1918 eingetroffenen Amerikaner außerordentlich gestärkt worden waren, und in denen der entschlossene Wille zur Durchführung des Krieges lebte, griffen im September überall an, und überall hatten sie Erfolge. Am langsamsten ging es mit einem englisch-amerikanischen Vorstoß zwischen Etsch und Brenta, dem die Heere des Feldmarschalls Boroëvic, der dort den Oberbefehl führte, tapfersten Widerstand entgegenstellten. Um so schlimmer entwickelten sich die Dinge in Palästina, wo den Engländern am 21. und 30. September große Schläge gelangen; die Türken verloren in diesen Tagen an 70000 Gefangene; ihre Truppen hatten alle Widerstandskraft eingebüßt und ihre Führer waren zum Teil bestochen.

In ungefähr derselben Zeit gingen im Westen die Amerikaner zum Angriff über und am 26. September unternahmen sie nach furchtbarer Feuervorbereitung zusammen mit französischen Truppen in der Champagne und zwischen Argonnen und Maas einen Gewaltvorstoß auf breiter Front, der die Deutschen zur Preisgabe von wichtigen Orten wie Tahure, Varennes, Malancourt und Montfaucon zwang und viele Gefangene kostete.

Eine Unglücksbotschaft nach der anderen lief in diesen Septembertagen bei der Obersten Heeresleitung ein; Bulgarien war aus dem Kriege ausgeschieden; der Zusammenbruch der Türkei stand unmittelbar bevor; Kaiser Karl hatte durch Burians Note zu erkennen gegeben, daß er Politik auf eigene Faust betreibe und entschlossen sei, ohne Rücksicht auf das deutsche Reich Frieden zu suchen. Es mußte damit gerechnet werden, daß in einem nahen Zeitpunkt Deutschland auf sich allein angewiesen sein werde: im Westen stürmten die weit überlegenen Feinde vom Kanal bis zu den Dogesen in kaum unterbrochenen Vorstößen an; von Südosten und Süden waren Angriffe zu erwarten, sobald Österreich-Ungarn die Waffen niedergelegt hatte — das deutsche Heer aber war angesteckt von dem kranken Geiste der Heimat, und in dieser selbst tobte innerer Zwist, war das Ansehen der Krone und der Staatsgewalt untergraben, griffen die Wortführer der Reichstagsmehrheit nach der Herrschaft; die Bevölkerung war in breitem Umfang zermüdet, dabei körperlich durch die Lebensmittelnot und die Massenerkrankungen an Grippe hart mitgenommen. Zu Hause kein Führer, der das Volk in die Höhe hätte reißen wollen — an der Front die Oberste Heeresleitung, von den furchtbaren schweren Aufgaben dieser Tage ganz in Anspruch genommen, in der Erwartung neuer Angriffe an jeder Stelle des westlichen Kriegsschauplatzes.

Bevor geschildert wird, wie sie in so gespannter Lage sich verhielt, sei mit ein paar Worten dargelegt, wie sich die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege äußerte. Wir wissen, mit welcher Tatkraft man dort

an die Aufstellung eines großen Heeres gegangen war; Präsident Wilson predigte den „Kreuzzug“ gegen das verbrecherische deutsche Reich und das Land folgte seinem Aufruf — einschließlich der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung. Das Heer wurde mit allem Kriegsbedarf neuester Erfahrungen reichlich versehen, vor allem mit Geschützen, Schlachtwagen (Tanks) und Flugzeugen. Die Hoffnung — ja Zusage — der deutschen Flottenleitung, das Herüberkommen der zur Beförderung der Menschen und des Kriegsgerätes gebrauchten ungezählten Schiffe durch die Unterseeboote verhindern oder wesentlich beschränken zu können, wurde, wie oben dargetan ist, enttäuscht, und wirklich stand um die Mitte des Jahres 1918 ein gewaltiges Heer auf französischem Boden, das berufen war, den englisch-französisch-belgischen Streitkräften, die unter den schweren Schlägen der deutschen Frühjahrsangriffe schwer gelitten hatten, Entlastung zu bringen und den Gegenstoß zu ermöglichen. Sein Bestand wuchs von Tag zu Tag; auf die dringenden Hilferufe der Engländer, Franzosen und Italiener nach ihren Niederlagen hatte die Kriegsverwaltung der Vereinigten Staaten alles aufgeboten, um weitere Massen herüberzuschaffen, und es war ihr gelungen. Die Gesamtstärke der amerikanischen Heere zur Zeit der höchsten deutschen Gefahr ist noch nicht genau bekannt geworden; im Juli 1918 soll sie über 1 200 000 Mann, Ende Oktober an oder über zwei Millionen betragen haben. Dieser Zuwachs an frischen, gut genährten, gesunden und kriegswilligen, trefflich ausgerüsteten Menschen war es, was der Vielverband vor dem deutschen Reiche voraus hatte; seine Heere schmolzen zusammen; für ihre Auffüllung kamen noch die „Reklamierten“ aller Art in der Heimat und der jüngste Jahrgang der noch nicht voll 18jährigen in Betracht — freilich auch die Massen von Kriegsmüden, die sich seit Wochen, unter dem Vorwande ihre Truppenteile nicht mehr finden zu können, in den „Etappen“ herumtrieben. Einen den Amerikanern ebenbürtigen Ersatz bot keine dieser Gruppen. Es wird der Obersten Heeresleitung zum Vorwurf gemacht, daß sie über die Zahl der Amerikaner falsch unterrichtet gewesen sei und daß sie deren Gefechtswert falsch eingeschätzt habe. Beides wird bestritten — das eine mit der Behauptung, daß man genau gewußt habe, wie stark die Amerikaner seien, das andere mit dem Hinweis auf die mangelnde Ausbildung und Kriegserfahrung von Führern und Truppen, die den Deutschen niemals hätten gefährlich werden können, wenn sie durchweg noch von demselben Heldenmute und Ehrgefühl erfüllt gewesen wären, wie vor dem Wirksamwerden der zersetzenden Bestrebungen. Auch jetzt waren die Amerikaner, Deutschen gegenübergestellt, keine an sich gefährlichen Gegner, aber ihre Anwesenheit ermöglichte es den Franzosen und Engländern, alles, was sie von kriegsbrauchbaren Truppen zur Hand hatten, in der Kampffront zu verwenden, und die noch kriegsungeübten Amerikaner zu

anderen Diensten heranzuziehen. Wo sie selbst in der Schlacht auftraten, konnte es mit solcher Übermacht geschehen, daß sie die immer dünner gewordenen deutschen Linien, die immer mehr zusammengeschmolzenen Verbände, zu erdrücken drohten. Bis zuletzt aber waren die Deutschen überzeugt, daß die Amerikaner an sich keine gefährlichen Gegner seien — und es kann hier ausgesprochen werden, daß jeder tüchtige deutsche Frontkämpfer bis zur Einstellung der Kriegshandlungen das Gefühl unbedingter Überlegenheit auch über Engländer und Franzosen behalten hat.

In den letzten Septembertagen stand die Oberste Heeresleitung unter dem Eindruck der schlimmen Nachrichten von allen Kriegsschauplätzen; sie war bedrückt von den Erscheinungen, die sich bei manchen Truppen im Westen zeigten, und hatte mit einer Wiederbeteiligung Rumäniens am Kriege zu rechnen. Unter solchen Umständen erkannte sie, daß der Vernichtungswille der Feinde — an den sie auch jetzt selbstverständlich noch glaubte — nicht mehr, wie sie bisher angestrebt hatte, durch deutsche Angriffe gebrochen werden könne; sie rechnete damit, den Feind durch Abwehrschlachten und die hohen für ihn damit verbundenen Menschenopfer friedensbereit zu machen, wollte aber ihrem Vaterlande, wenn irgend möglich, die Fortführung des Krieges ersparen und beschloß deshalb bei den politischen Stellen auf Einleitung von Friedensverhandlungen zu dringen. Bei General Ludendorff hatten die Nachrichten von der Erschütterung der sittlichen Kampfeskraft mancher deutscher Truppenteile vorübergehend die Befürchtung geweckt, daß das Heer keinen wirksamen Widerstand mehr leisten werde, daß die deutsche Front durchbrochen werden könne, daß dann der Zusammenbruch des ganzen Heeres zu befürchten sei und das Vaterland wehrlos vor den Feinden daliege. Feldmarschall von Hindenburg erkannte den vollen Ernst der Lage gleichfalls, war aber in keinem Augenblicke verzweifelt sondern glaubte, daß der Widerstand so lange fortgesetzt werden könne, bis der Feind zum Frieden bereit sei. Deshalb war er einverstanden, als General Ludendorff ihm am 28. September 1918 in Übereinstimmung mit allen zuständigen Abteilungschefs der Operationsabteilung vortrug, die Regierung aufzufordern sofort in Friedensverhandlungen einzutreten und dem Vielverband zu diesem Zwecke einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Die Oberste Heeresleitung knüpfte dabei an die Vorschläge an, die sie — unter dem Eindruck der Ereignisse vom 8. August — im Kronrat vom 14. August gemacht hatte. Am 28. September ging eine der Anordnung des Feldmarschalls entsprechende Drahtung nach Berlin, worauf am folgenden Tage Admiral von Hinzke, der am 30. Juni zu Kühlmanns Nachfolger ernannt worden war, im Großen Hauptquartier eintraf. Der neue Staatssekretär schilderte bei den Besprechungen in Spaa den inneren Zustand des Reiches als verzweifelt

und sagte den Umsturz für die allernächste Zeit voraus; er meinte, um dem zuvorzukommen, müsse eine neue Regierung gebildet werden, die vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen sei, und nur eine solche könne den Feinden ein Friedensangebot machen, da die bisherige Regierung vor dem Ausland zu belastet sei, ja als verlogen gelte. In diesem Sinne hielt von Hinzé auch dem Kaiser Vortrag, der sich dazu bestimmen ließ, die einleitenden Schritte für die Bildung einer neuen Regierung anzuordnen. Der Obersten Heeresleitung wurde versichert, daß das ohne Schwierigkeit ausgeführt werden könne — der müde, untätige Kanzler wurde bei alledem kaum mehr befragt, spielte keine Rolle.

Hier liegt nun der erste Irrtum der Politik der Obersten Heeresleitung in jenen Tagen vor — denn ihr Eingreifen war Politik im engeren und gleichzeitig im höchsten Sinne: sie stimmte den unstaatsmännischen Darlegungen und Vorschlägen des Staatssekretärs von Hinzé zu, der damit seine kurze aber verhängnisvolle Tätigkeit in dieser schicksalsschweren Zeit einleitete. Dieser Diplomat hatte einst zu den Hoffnungen des reichsdeutschen auswärtigen Dienstes gezählt, seit er aus der Flotte vom Kaiser dorthin übernommen worden war; er hatte im Rufe eines klugen, scharfblickenden, mutigen und tatkräftigen Mannes gestanden, so daß seine Ernennung zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von den deutschvölkischen Kreisen mit Hoffnungen begrüßt worden war; jetzt zeigte er, wie wenig er so guten Ruf verdient hatte.

Er erwies sich für die Aufgaben eines deutschen Staatsmannes in solcher Zeit als vollkommen ungeeignet; er ging — politisch instinktlos — von der ganz falschen Voraussetzung aus, daß die innerpolitische Gefahr durch den Übergang zum „parlamentarischen System“ gebannt werden könne; das hieß, daß gerade denjenigen, die an der staatlichen Zerrüttung, seelischen Zermürbung und sittlichen Vergiftung des Volkes die Hauptschuld hatten, nun die Macht endgültig ausgeliefert werden sollte. Nur ein von den Lehren der Geschichte ganz unberührt Gebliebener, dem Wesen des eigenen Volkes zudem Fremder und für die nächsten Aufgaben deutscher Staatskunst Blinder, konnte auf einen solchen Gedanken kommen. Daß der Kaiser in seiner Haltlosigkeit Hinzés Vorschlägen keinen Widerstand entgegensetzte, ist nicht zu verwundern, aber ein Unglück war es, daß die Oberste Heeresleitung, nachdem sie nun einmal gezwungen war in die Politik einzugreifen, so gefährlichen Plänen nicht bis zu den äußersten Schlußfolgerungen widersprach. Im Großen Hauptquartier wußte man ganz genau, wer die Entartung der Heimat auf dem Gewissen hatte, wußte man, wer in Rückwirkung des dort erzielten Erfolges das Heer angesteckt hatte, wer den Sturz der Obersten Heeresleitung anstrebte; sowohl Hindenburg wie Ludendorff verdamnten die Aftropolitik eines Scheidemann oder Erzberger, wie sie die Schwäche Bethmann Hollwegs,

seiner Nachfolger und ihrer Gehilfen, verurteilt hatten. Und trotzdem unternahmen sie nichts gegen den selbstmörderischen Versuch das Vaterland zu retten, indem man seinen Verderbern die Staatsgewalt endgültig in die Hände spielte.

Dem ersten Sehlgriß folgte ein zweiter: General Ludendorff, dem es mit der Erreichung eines Waffenstillstandes sehr ernst war, drängte, nach dem Staatssekretär von Hinz mit einem Vertreter der Obersten Heeresleitung nach Berlin zurückgekehrt war, in Ferngesprächen und Drahtungen in den nächsten Tagen darauf, daß die Bildung der neuen Regierung und die Einleitung von Verhandlungen mit den Feinden beschleunigt werde; in diesen Mitteilungen kamen unzweifelhaft Wendungen vor, wonach die Oberste Heeresleitung die militärische Lage als höchst gefährlich ansah.

Von ihr aus betrachtet kann man verstehen, daß sie die von ihr bereits seit Mitte August empfohlenen Verhandlungen mit den feindlichen Regierungen in Fluß bringen wollte — die hierzu gewählten Mittel waren aber verhängnisvoll und ließen jede Kenntnis des Wesens jener Personen vermissen, die nach Hinz vom Kaiser gebilligten Plane jetzt zur Regierung berufen werden sollten. Ahnungslos, wie unter solchen Umständen ein derartiges mit der verzweifeltsten Lage des Heeres begründetes Drängen auf solche Leute wirken werde, bot insbesondere General Ludendorff den Machthabern von morgen, seinen politischen Gegnern seit längst, zugleich den Gegnern starker deutscher Reichsgewalt und entschlossener Kriegsführung, die Handhaben, um das Letzte, was von Ansehen und Achtung im Lande noch bestand — um die Stellung der Obersten Heeresleitung zu erschüttern, ihren politischen Einfluß bei der Kriegsführung auszuschalten und sie schließlich auch in den militärischen Fragen zur Seite zu schieben.

Das ist das Schicksalvolle im Vorgehen des großen Feldherrn und Vaterlandsfreundes, daß er — politisch ungeschult und unberaten, ohne die notwendige Personen- und Sachkenntnis in diesen Dingen, ohne das Gefühl für die Wirkung seiner Schritte — diesen Politikern der Reichsämter und der Reichstagsmehrheit gegenüber so verfuhr, als hätte er es mit sachlich auf demselben Boden stehenden Gesinnungsgenossen zu tun, die nur lässig gewesen wären und nur angespornt werden müßten — während nicht nur die Wortführer der Reichstagsmehrheit, sondern auch ein starker Teil der obersten Bureaukratie nach Weltanschauung, Werdegang und Zielen auf ganz, ganz anderem Boden stand und aus dem Drängen des Generalquartiermeisters das Zugeständnis seines Zusammenbruches herauslas.

Wenn die Oberste Heeresleitung sich durch die militärische Entwicklung veranlaßt sah, in die Politik einzugreifen — was Recht und Pflicht der

Feldherren war — so mußte sie sich über das Wie und Wohin klar sein, mußte die Personen ins Auge fassen, die bis dahin die unglückliche Politik betrieben hatten, mußte vom Kaiser verlangen, daß er politisch Tauglichere an ihre Stelle berufe. Darin hatte Admiral von Hinzé ganz recht, die alte Regierung war zu erfolgreichen Verhandlungen ungeeignet — grundsätzlich aber war es, die neue nach Gesichtspunkten zu wählen, die vom Vertrauen des Auslandes bestimmt waren, weil das nach allen Lehren der Vergangenheit der Verderblichkeit für das eigene Land gleichkam. Die weitere Entwicklung hat das grausam bestätigt. Die Oberste Heeresleitung, die sich über die Ursachen der unseligen Kriegspolitik der Reichsregierung und über das Wirken der Reichstagsmehrheit ganz klar war, die sich schon früher mit dem Gedanken der „Diktatur“ als der Rettung in äußerster Not beschäftigt hatte, mußte wissen, daß jetzt in der Tat nur die festeste Zusammenfassung aller staatlichen Macht in der stärksten Hand helfen konnte: sie mußte also den Kaiser verhindern, Hinzés Räte folgend durch den Übergang zum Parlamentarismus die Staatsgewalt an längst als unfähig erwiesene Volksredner auszuliefern, und sie durfte ihrer eigenen Stellung nicht das Grab graben, indem sie diesen Leuten — den Eindrücken der augenblicklichen Lage an der Front erliegend — nun den bestimmenden Einfluß auf die weitere Kriegspolitik geradezu in die Hand spielte.

Zur Erklärung des von unheilvollsten Wirkungen begleiteten Verhaltens der Obersten Heeresleitung in den Tagen um die Wende der Monate September und Oktober ist gesagt worden, daß General Ludendorff vorübergehend unter dem Eindruck der auf ihn anstürmenden Unglücksbotchaften die Nerven verloren habe — er selbst bestreitet das. Man wird sich nicht auf einen Streit darüber einzulassen haben, was unter jener Wendung verstanden werden kann, und darf aussprechen, daß es kein Wunder wäre, wenn der große Feldherr, auf dem die Hauptlast einer weltgeschichtlich beispiellosen Kriegsführung ruhte, nach mehr als vier fast urlaublosen Jahren die sonst stets bewährte Spannkraft eingebüßt hätte. Überdies handelt es sich bei den hier in Frage stehenden Maßnahmen vorwiegend um das Politische, wo die Vorbildung auf dem Gebiet der Sach- und Personenkenntnis nicht ausreichte und der Instinkt versagte. Die treuesten Verehrer des Generals, die Bewunderer seiner Feldherrngröße, können die Feststellung nicht umgehen, daß er durch sein politisch-unpolitisches Verhalten in einem weltgeschichtlichen Augenblick eine der Ursachen, unter anderen, geschaffen hat, durch die eine Reihe von Wirkungen ausgelöst wurde, für die er, streng genommen und nach Maßgabe der politischen Verantwortungsbegriffe, nicht haftbar gemacht werden kann, für die er aber trotzdem als der Träger der letzten Rettungsmöglichkeit die weltgeschichtliche Verantwortung trägt.

Es ist nicht anders: in jenen September- und Oktobertagen wurde

Wirklichkeit, was die treuesten Vaterlandsfreunde insgeheim gefürchtet und wovor sie gewarnt hatten: daß die Oberste Heeresleitung durch politische Maßnahmen, deren Tragweite ihr mangels ausreichender Vorbereitung und Beratung nicht vor Augen stünde, ihren Ruhm, ihre Volkstümmlichkeit aufs Spiel setzen und verlieren könne.

* * *

Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, die durch Ludendorffs unbestrittenes Drängen auf die nicht mehr aufschiebbare Einleitung von Friedensverhandlungen in Gang gesetzte Entwicklung im einzelnen zu schildern: innerpolitisch war die Wirkung sofort verwüstend; außerpolitisch kam ein Augenblick, wo sie gehemmt zu werden schien, dann aber wetteiferte sie an Verderblichkeit mit jener nach innen. Der Zusammenhang war so: Am 24. September war der Hauptausschuß des Reichstags wieder zusammengetreten — diese politische Geißel des deutschen Volkes, der Kreis, von dem unendliches Unheil während der Kriegsjahre ausgegangen war. Obwohl die Kriegslage die äußerste Kraftanspannung von Volk und Staat, also das Schweigen aller inneren Gegensätze forderte, rückten die sozialistischen Führer mit dem Verlangen heraus, die Regierung zu „parlamentarisieren“, und stellten dafür ihre Bedingungen, die außerpolitisch hauptsächlich auf den vollen Verzicht, innerpolitisch auf weiteres Nachgeben gegenüber ihrem Machtstreben hinausliefen. Wohin die Absicht ging, ergab sich aus dem Verlangen jene Verfassungsvorschrift aufzuheben, nach der Reichstagsabgeordnete nicht Mitglieder des Bundesrates sein konnten: Die Parteiführer wollten Minister und Staatssekretäre werden. In die Verhandlungen hierüber plakte am 25. September die Nachricht, daß Bulgarien um Waffenstillstand gebeten habe; bis dahin war der Öffentlichkeit von den Vorgängen im Südosten nichts bekannt geworden. Sie stellte dem Ausschuß den Ernst der Lage eindringlichst vor Augen, und er mochte sich überlegen, ob dies der Zeitpunkt sei sich mit Verfassungsänderungen abzugeben. Die Frage wurde mit der heuchlerischen Begründung bejaht, daß gerade diese Vorgänge dazu drängten „neue Bahnen zu beschreiten“, die zur reinen Parlamentsherrschaft im Reich und in den Bundesstaaten führen sollten.

Mit den Eindrücken dieser Verhandlungen war Staatssekretär von Hinzke am 29. September ins Große Hauptquartier gekommen, und er hatte den Kaiser für die Erfüllung der Parlamentsforderungen gewonnen. Graf Hertling war politisch erledigt; wegen der Verhandlungsfähigkeit mit dem Ausland sollte eine neue Regierung gebildet werden, bei der die Ansprüche der Wortführer der Reichstagsmehrheit weitgehend berücksichtigt werden sollten. Zunächst galt es den Nachfolger Hertlings, den neuen Kanzler, zu suchen — eine für die Geburtsstunde des sog. deutschen

Parlamentarismus nicht leichte Aufgabe, da unter den Führern der Mehrheit kein Mann war, der nicht nur die für dies Amt notwendigen Eigenschaften sondern auch das persönliche Ansehen besessen hätte. Man mußte den Kanzler außerhalb des Reichstags suchen — eine Verhöhnung des sog. „parlamentarischen Gedankens“, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Während man einen Kanzler suchte, über ihn verhandelte, sollten die von Ludendorff dringlichst verlangten Maßnahmen für die Friedensschritte nicht unterbleiben: über sie wurde unter der Leitung des Vizekanzlers von Payer beraten. Die Führer der Reichstagsparteien, denen kurz vorher noch von einem militärischen Vertreter der Obersten Heeresleitung dargelegt worden war, daß die Lage befriedigend sei, wurden von der veränderten Auffassung des Großen Hauptquartiers unterrichtet. Die Wirkung auf die Leute des Verzichts, diese geschworenen Gegner Ludendorffs, kann man sich denken, besonders wenn man die in den Berichten der Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spaa enthaltenen Sätze liest, nach denen der Generalquartiermeister bei verschiedenen Unterredungen am 1. Oktober geäußert haben sollte „heute halte die Truppe noch, was morgen geschehen werde, sei ungewiß“; — „es könne jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen“ — „48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten; das Friedensangebot müsse auf aller schnellste Weise herauskommen“.

Die Führer der Reichstagsmehrheit zogen aus den ihnen gemachten Mitteilungen den Schluß, daß das Heer vor dem Zusammenbruch stehe, daß die bisherige Zuversicht der Obersten Heeresleitung entweder Selbsttäuschung oder Betrug an der öffentlichen Meinung gewesen sei; nun, im Augenblick der höchsten Not, stürze das Gebäude der Hoffnungen oder Täuschungen Ludendorffs ein, der offenbar selbst zusammengebrochen sei.

Am 2. Oktober hielt ein Vertreter der Obersten Heeresleitung den Parteiführern einen kurzen Vortrag über die Entwicklung der militärischen Lage in den letzten Tagen und schloß mit der Mahnung, daß weder Heer noch Heimat etwas tun dürften, was Schwäche erkennen lasse. Gleichzeitig mit dem auch von ihm für notwendig erklärten Friedensangebot müsse eine geschlossene Front in der Heimat entstehen, die den unbeugsamen Willen erkennen lasse den Krieg fortzusetzen, wenn der Feind uns keinen oder nur einen demütigenden Frieden geben wolle.

Diese Mahnung enthüllte die politische Unbelehrtheit der militärischen Stellen, ihre Selbsttäuschung über das, was von der Reichstagsmehrheit zu erwarten war, in erschütternder Weise! Die machthungrigen Volksvertreter als Hüter der inneren Einheit! Bezeichnend war weiter, daß dem Reichstagsausschuß kein Wort von dem gesagt wurde, was nach General Ludendorffs Überzeugung der Urgrund des Umschwunges an

der Westfront war: die Zermürbung der Front von der Heimat aus, an der die Mehrheitsparteien und ihre Presse die Schuld trugen.

Es war an sich klar aber auch ausdrücklich ausbedungen, daß die Mitteilungen aus dem Großen Hauptquartier geheim gehalten werden mußten, soweit sie die militärische Lage betrafen. Trotzdem wurden sie unverzüglich in die Öffentlichkeit hinausgetragen, und die Presse der Mehrheitsparteien, vor allem die jüdische, eröffnete einen niederträchtigen Kampf gegen die Oberste Heeresleitung. Ihr Leitwort war „belogen und betrogen“, — womit gesagt werden sollte, daß Ludendorff durch die Heeresberichte das deutsche Volk getäuscht habe. Wer jene Blätter aus dieser Zeit liest, erhält den Eindruck, daß sie die Vorgänge an der Front unter dem Gesichtspunkt ihrer innerpolitischen Begehren betrachteten und den Augenblick gekommen glaubten, wo infolge des Zusammenbruches der Obersten Heeresleitung der „Militarismus“ beseitigt, die Krone gedemütigt und die reine Parlamentsherrschaft aufgerichtet werden könnte. So sahen tatsächlich die Führer der Mehrheitsparteien die Lage an, und es gehörte die ganze politische Weltfremdheit militärischer Kreise dazu, an die Einheitsfront im Innern unter ihrer Mitwirkung zu glauben.

Als Reichskanzler wurde von den Mehrheitsparteien Prinz Max von Baden, der Thronerbe des Großherzogtums, in Aussicht genommen; der Kaiser war bei der Auswahl seines obersten Beraters ganz ausgeschaltet; er hatte nur die Ernennung des ihm von den Parteiführern Bestimmten zu vollziehen!

So weit waren Kaiser- und Königtum herabgedrückt, denen einst Wilhelm der Erste durch Bismarcks Taten neuen Inhalt gegeben hatte.

Am 1. Oktober 1918 wurde der neue Reichskanzler ernannt: in ihm berief der Kaiser den Mann ins Amt, der ihn selbst vom Throne stoßen und das Reich in abgrundtiefes Unglück stürzen sollte.

Prinz Max von Baden hatte in den letzten Jahren die öffentliche Aufmerksamkeit durch einige Reden auf sich gelenkt, in denen die herrschende Judenpresse den Pulschlag einer neuen Zeit verspüren wollte; diese Auffassung ließen sich die harmlosen Zeitungsleser beibringen, und der badische Thronfolger war über Nacht eine politische Hoffnung geworden. Wer freilich diese Reden mit eigenem Urteil gelesen hatte, war über die Unklarheit der Anschauungen, die Verschwommenheit der politischen Begriffe dieses zukünftigen Reichsfürsten erstaunt; der Prinz sprach von Weltgewissen und Völkerveröhnung, wo es darauf ankam, mit eisernem Willen das Daseinsrecht des eigenen Volkes gegenüber grausamen Feinden um jeden Preis durchzusetzen. Aber in der Welt der politisch Urteilslosen hatte er sich — bezeichnend dafür, wie wenig das deutsche Volk politisch im Kriege gelernt hatte — die Anwartschaft auf eine führende Rolle erworben, und schon wiederholt war, wenn der

Rücktritt Bethmann Hollwegs oder Hertlings in Frage stand, von ihm als Reichskanzler gesprochen worden.

Nun war er das wirklich geworden.

Prinz Max gehörte zu jenen, trotz allen guten Willens sich ihrem Volke anzupassen, doch ihm innerlich fremden Naturen, die allmählich in den fürstlichen Häusern die weitaus größere Mehrzahl bildeten: dazu war er weich und blieb der Wirklichkeit des staatlichen Lebens fern; er war unterrichtet und doch unbelehrt über die Grundlagen aller Herrschertätigkeit, zu politischer Wirksamkeit drängend und doch unpolitisch durch und durch, wohlwollend und doch der größte Schädiger gerade jener, denen er helfen wollte. Alles in allem ein Mann, der vielleicht Freunde und Verehrer gefunden hätte, wenn er sich den öffentlichen Dingen ganz ferngehalten hätte — der auf Grund seiner Reden sich als Oberhaupt eines kleinen Staatswesens ungeeignet erwiesen hatte — der jetzt in höchster Not der politische Führer und Retter eines in sich zerrissenen Volkes werden sollte. Erfunden wurde dieser Kanzler von den Führern der bürgerlichen, jüdisch-bestimmten Demokratie, denen er wesensverwandt war.

So unpolitisch der neue Kanzler war, — die ungeheure Gefahr, die das Verlangen Ludendorffs nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen nach innen und außen in sich schloß, erkannte er doch, und er weigerte sich dem Drängen der Obersten Heeresleitung nachzukommen; er wollte mindestens acht Tage Zeit haben und begründete diesen Aufschub ganz richtig. Zwei Tage lang sträubte sich der Prinz gegen die wiederholte Aufforderung des Großen Hauptquartiers — und das war der Zeitpunkt, in dem die außenpolitische Wirkung von Ludendorffs Drängen gehemmt werden konnte. Als aber am 3. Oktober Feldmarschall von Hindenburg, der nach Berlin gekommen war, erklärte, „die Oberste Heeresleitung bleibe auf ihrer am 29. September gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen — die Lage verschärfe sich täglich und könne die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen“ —: da fügte der Kanzler sich und ließ in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1918 drahtlich die Bitte an den Präsidenten Wilson hinausgehen, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen“. Dabei erklärte er, daß die deutsche Regierung das von Wilson „in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen annehme“, und ersuchte um sofortigen Waffenstillstand.

Am 5. Oktober trat Prinz Max von Baden zum ersten Male als Reichskanzler vor den deutschen Reichstag und kündigte seine Pläne zum Umbau der Verfassung und des öffentlichen Lebens an — in jeder Einzelheit ein

Nachgeben gegenüber den Forderungen der Masse, eingekleidet in eine jener überlegen sein sollenden Reden, die nichts als Schwäche atmen —; zum Schlusse machte er das Haus mit seinem Friedensschritte bekannt, den er in seiner weichen Art begründete. Immerhin erklärte er, daß, wenn die Feinde dem deutschen Volke einen ehrenvollen Frieden verweigerten, der Endkampf auf Leben und Tod geführt werden müsse, der die Deutschen geschlossen und einig finden werde.

So war der erste Schritt auf dem verderblichen Wege getan und der Welt bekannt gemacht worden.

Über die Verantwortlichkeit für ihn ist, als das Maß des Unheils offenbar wurde, zwischen den militärischen und politischen Stellen gestritten worden. Wie die Dinge liegen, kann die Oberste Heeresleitung nicht von dem Vorwurf entlastet werden, unter solchen Umständen, in solcher Art, ohne richtige Vorstellung von den innerpolitischen Folgen ihres Drängens, das Friedensgesuch angeregt und auf ihm bestanden zu haben — die politische Verantwortung für die Absendung des Friedensgesuches und seinen Inhalt trifft den Reichskanzler, und seine Schuld ist um so größer, als er die Gefährlichkeit des Schrittes erkannte, ihn nicht tun wollte und schließlich gegen seine bessere Überzeugung doch getan hat.

Gibt es politisch Verdammenswerteres als solches Verhalten in einer Frage, wo es um das Dasein eines ganzen Volkes geht!

Seitgestellt sei, daß der sog. „Friedensschritt“ des Prinzen Max von Baden — wie nicht anders zu erwarten — die Zustimmung des weitaus größten Teiles des Reichstags fand.

Die Berufung des neuen Kanzlers war im Zusammenhang mit einem „Systemwechsel“ erfolgt, den der Kaiser auf den Rat des Staatssekretärs von Hinzé ausführte; in der Entlassungsurkunde an den Grafen Hertling sprach der Kaiser am 30. September 1918 aus, daß „Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, im weiten Umfange an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen“ sollten. Also ein weiteres Fortschreiten auf der Bahn, auf die er sich nach Michaelis' Sturz hatte drängen lassen: damals wurden zum ersten Male leitende Beamte den Parlamenten entnommen, jetzt wurde zugestanden, daß dies in „weitem Umfange“ geschehen sollte, und unter den vom „Vertrauen des Volkes getragenen Männern“ waren die Wortführer der Massenparteien verstanden. Freilich: der reine Parlamentarismus war damit noch nicht geschaffen — trotzdem nahm die bürgerliche Demokratie diese Abschlagsleistung befriedigt an, die Sozialisten dagegen murrten sofort, daß dies nicht die ganze Erfüllung der Volksforderungen sei. Die Bescheidenheit der bürgerlichen Demokraten läßt sich aus der Verlegenheit er-

klären, den Posten des Reichskanzlers nicht aus den Reihen der zur Mehrheit gehörenden Parteien besetzen zu können. So pries man die kaiserliche Kundgebung vom 30. September als die Einleitung einer neuen Zeit, die dem Volke den Anteil an der Regierung zuweise — und stritt sich um die Verteilung der Beute, die den Führern der Mehrheit zufiel. Von den zu Staatssekretären ernannten Abgeordneten seien hier nur Erzberger und Scheidemann erwähnt, die nun Gelegenheit erhielten, ihre staatsmännische Begabung als Regierende zu erweisen.

Die Rechte — bestehend aus den Konservativen und Nationalliberalen — blieb von der Heranziehung zu den leitenden Ämtern ausgeschlossen; Prinz Max hatte ein Kabinett der Mehrheit bilden lassen — eine eigenartige Einleitung zu der Sammlung aller Kräfte des Volkes, die er ankündigte. Von ihm und von dem ihn beratenden Staatssekretär von Hinz aus war die Fernhaltung konservativer und nationalliberaler Abgeordneter durch die Rücksicht auf die verheßten Massen des eigenen Volkes und auf die Stimmung des feindlichen Auslandes bestimmt: diese Gruppen waren von der jüdischen Presse vor dem Inland und Ausland als Träger der „kriegsverlängernden, reaktionären, weltmachtlüsternen alldeutschen Annexionsbestrebungen“ so sehr gebrandmarkt, daß sie für das geplante Friedenswerk unmöglich erschienen. Sie sind dadurch davor bewahrt geblieben, an der Zertrümmerung des deutschen Reiches mit-schuldig zu werden. Die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß die Konservativen, besonders ihr Führer Graf Westarp, die verderbliche Politik der vier Kanzler des Krieges bekämpft haben — zuerst, wie wir wissen, unter Bethmann nicht entschieden genug, dann zu Beginn der Kanzlerschaft des ihnen von früher als gesinnungsverwandt bekannten Grafen Hertling auch nur mit Zurückhaltung, schließlich aber mit Nachdruck und Würde; ihre Führer sind in der ganzen Volksvertretung eigentlich die einzigen gewesen, die das Gewissen des deutschen Volkes gewahrt haben — nicht gut machen ließ sich freilich die Versäumnis der ersten Kriegszeit, wo sie Bethmann Hollweg nicht mit der rücksichtslosen Entschlossenheit bekämpft haben, die zur Beseitigung dieses Reichszerstörers notwendig war.

Mit der Berufung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler und der Bildung seines „Kriegskabinetts“ — ein Schlagwort, das eine Lüge war — hatte der Kaiser aufgehört politisch Herrscher zu sein; die Tätigkeit der neuen Regierung erstreckte sich in den 40 Tagen ihrer Amtszeit darauf, außenpolitisch den Frieden um jeden Preis herbeizuführen, innerpolitisch den Kaiser auch militärisch zu entrichten und damit zum Schattenherrscher zu machen.

Friede um jeden Preis war tatsächlich das Verlangen der Regierungsleute vom Schlage eines Scheidemann, auch wenn sie zunächst

vom ehrenvollen Frieden sprachen oder vor der Torheit warnten, das Gewehr früher als die Feinde in die Erde zu stellen — auch wenn sie die Bereitwilligkeit des Volkes zur äußersten Fortsetzung des Krieges ankündigten, falls die Feinde keine annehmbaren Bedingungen stellten oder, wie Prinz Max von Baden, vom Kampf auf Leben und Tod redeten, wenn ein ehrenvoller Friede nicht bewilligt werde.

Die Zeit vom 1. Oktober bis 9. November 1918 bietet ein trostloses Bild: wo höchste Kraftanspannung und Einigkeit geboten war, um im Falle der Ablehnung des Friedensangebotes oder unerträglicher feindlicher Bedingungen das ganze Volk zur nationalen Verteidigung aufzurufen und den Feinden einen Widerstand entgegenzusetzen, der sie zur Sinnesänderung gezwungen hätte, ein Treiben, das von großem Sinne nichts merken ließ. So sind diese Wochen, während draußen an der Front das wieder standhaft gewordene Heer eine letzte Heldenzeit von erschütternder Größe erlebte, während die Oberste Heeresleitung — zur Erkenntnis der unerbittlichen Notwendigkeit des Kampfes bis zum äußersten gelangt — den Volkskrieg vorbereitete und forderte, erfüllt von innerpolitischem Zwist, von haßerfüllten Anklagen gegen Ludendorff und seine Mitarbeiter, von Angriffen gegen die kaiserliche Kommandogewalt und jede bewährte Einrichtung des Reiches und Preußens. Hand in Hand damit ging das Bestreben, jeden weiteren Widerstand als nutzlos aber auch unnötig hinzustellen — sich selbst und die Öffentlichkeit über den Vernichtungswillen der Feinde zu täuschen und dem Volke vorzureden, daß, wenn erst das deutsche Reich wirklich die Waffen niederlege, die anderen Kriegführenden dasselbe tun würden. Aber als die Feinde nicht so verständigungsbereit waren, wie man — von sich auf jene schließend — fälschlich angenommen hatte, folgte das würdelose Buhlen um die Gunst eines Wilson, das Bestreben, durch Änderung der Grundlagen des deutschen Verfassungslebens sich verhandlungsfähig zu erweisen. So entstand ein Gesamtbild, ein Wirrwarr, in dem nur die Kleinsten, Unfähigsten und Selbstsüchtigsten handelnd auftraten, weil alle guten und brauchbaren Kräfte in dem Maße als volksfeindlich verleumdet waren, daß außerhalb ihrer Gesinnungsgemeinschaft niemand auf sie hören wollte. Sie wiesen darauf hin, daß die berühmten „14 Punkte“ Wilsons zum Untergang des Vaterlandes führen müßten; sie forderten die nationale Verteidigung unter Berufung eines mit unbeschränkter Macht bekleideten „Diktators“; sie warnten vor der Nachgiebigkeit nach innen und außen — alles vergeblich: sie hatten keinen anderen Erfolg, als daß sie nur noch mehr als Feinde des Friedens und des Volkswohles verdächtigt wurden.

Die Oberste Heeresleitung aber mußte es erleben, daß die Fahrt auf dem Wege, den sie einzuschlagen empfohlen hatte, ganz wo anders

hingung, als sie sich gedacht hatte; sie mußte erfahren daß die Leiter ein ganz anderes Ziel im Auge hatten als sie, und sie hatte nicht die Macht, Einhalt zu gebieten oder die Richtung zu ändern.

Am 8. Oktober erfolgte Wilsons Antwort; in ihr wurde hauptsächlich die Forderung ausgesprochen, daß das deutsche Reich und seine Verbündeten die besetzten Gebiete räumen müßten und gefragt, ob der Kanzler „nur für diejenigen Gewalten spreche, die bisher den Krieg geführt hätten“ — eine im Verkehr von Staaten ungeziemende Frage, die der Anfang der amerikanischen Beeinflussung des inneren Zustandes im deutschen Reiche war. Am 12. Oktober antwortete das Auswärtige Amt, daß man zur Räumung der besetzten Gebiete bereit sei, und sagte, daß die jetzige Regierung „gebildet sei durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“, und daß der Kanzler „gestützt auf den Willen dieser Mehrheit“ im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes spreche; außerdem wurde bestätigt, daß die sog. „14 Punkte“ Wilsons von deutscher Seite angenommen worden seien, so daß die weiteren Verhandlungen den Zweck hätten, sich über die „praktische Anwendung“ der 14 Punkte zu verständigen. In dieser Note der angeblich fühlenden Realpolitiker dieser Regierung, die in Wahrheit in einer Welt der eingebildeten Unwirklichkeit lebten, wurde kein Versuch gemacht die deutsche Würde zu wahren, und die ausdrückliche Unterwerfung unter die „14 Punkte“ kündigte die Bereitwilligkeit an, vom deutschen Reiche Elsaß-Lothringen, die Ostmark, Posen und Westpreußen abzureißen. Die völkischen Kreise taten das Äußerste, um hiergegen eine Volksbewegung zu entfachen — sie blieben allein. Am 14. Oktober erteilte Wilson die Antwort auf die letzte deutsche Note; er verlangte in der Hauptsache die Einstellung des U-Bootkrieges und bezog sich auf eine Bedingung, die er in einer Rede vom 4. Juli 1918 kundgegeben hatte; dort war verlangt: „Vernichtung jeder militärischen Gewalt überall, die es in den Händen hat... den Weltfrieden zu stören, oder falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht“. Die amerikanische Note fuhr fort: „Die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, die der Präsident im Auge hatte; die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern“. Dann wurde gesagt, daß diese Bedingung erfüllt werden müsse, wenn der Friede „durch das Vorgehen des deutschen Volkes selbst kommen solle“.

Damit war ausgesprochen, daß das Kaisertum der Hohenzollern — sei es ganz beseitigt oder durch seine tatsächliche Entrechtung dauernd der Stellung entkleidet werden sollte, die ihm nach der Geschichte und der Reichsverfassung zukam.

Schmachvolleres war noch keinem Volke zugemutet worden, dessen Heere — einer Welt Trotz bietend — noch weit im Feindesland standen und die, nach kurzem Schwanken wieder gefestigt, langsam in heldenhaften für die Feinde furchtbar verlustreichen Kämpfen zurückgingen.

Die Forderung Wilsons — von der unwahren Annahme ausgehend, daß der deutsche Kaiser diesen Krieg ohne Not veranlaßt habe — bedeutete eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Reiches; sie griff an die Ehre des deutschen Volkes, die in der Person des Reichsoberhauptes angetastet war. Gegenüber einem solchen Versuche, die Volksgesamtheit sittlich zu brechen, hatte außer Betracht zu bleiben, was der Kaiser seinem Amte schuldig geblieben, was er an seinem Volke gesündigt hatte. Hier gab es für Deutsche von Ehrgefühl nur eine Antwort: ein entrüstetes Aufbäumen gegen das Verlangen des Amerikaners und gegen die Unterstellung, von der es ausging — für eine deutsche Regierung konnte eine Wahl nicht bestehen; sie mußte die Verhandlungen abbrechen.

Anders die Reichsregierung, an deren Spitze Prinz Max von Baden stand, und zu der Scheidemann und Erzberger gehörten — anders die Reichstagsmehrheit, die von solchen Leuten geleitet wurde — anders die öffentliche Meinung, die von jüdischen und jüdisch-bestimmten Blättern vergiftet, betört und verführt war. Offen wurde die Frage erörtert, ob der Kaiser abdanken solle — derselbe Kaiser, dessen Politik vor und im Kriege die Reichstagsmehrheit eigentlich immer gebilligt hatte, der den ihr genehmen Bethmann Hollweg zum Schaden des Reiches und der Krone allzu lange im Amte gehalten hatte, und dessen Kanzler im Kriege alle eine der Mehrheit nachgebende innere Politik getrieben hatten!

Die Reichsregierung hielt es für richtig, auf Wilsons Note einzugehen und zog den ersten Generalquartiermeister und Admiral Scheer zur Beratung der Antwort zu; am 17. Oktober wohnten beide einer Sitzung bei. General Ludendorff erklärte in der Hauptsache, daß er nach wie vor für Verhandlungen eintrete, aber es dürften nur Waffenstillstandsbedingungen angenommen werden, die dem deutschen Heere eine geregelte Räumung der besetzten Gebiete gestatten — ausgeschlossen sei es, sich Bedingungen zu unterwerfen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich machten. Wolle der Feind dies und verlange er etwas gegen die nationale Ehre, so müsse ihm ein Nein entgegengesetzt werden. Der General berichtete ergriffen von dem Heldenmut und der Opferwilligkeit der deutschen Truppen und Offiziere und ging bei seinem Vorschlage von der von ihm hervorgehobenen Tatsache aus, daß das eigene Heer widerstandsfähig und der Feind zur Zeit abgekämpft sei. In einer zweiten am selben Tage abgehaltenen Beratung

empfahl er deshalb eine Antwort, die der deutschen Würde entspreche.

In der dritten deutschen Note vom 20. Oktober wurde die Einstellung des U-Bootkrieges zugestanden und auf die Verfassungsänderungen, die im Werke seien, sowie auf die Art des Zustandekommens dieser Reichsregierung und auf die Zustimmung der überwältigenden Volksmehrheit zu ihrer Politik hingewiesen. Von einem Versuche, die deutsche Würde zu wahren, konnte auch diesmal kein noch so Wohlwollender etwas merken.

Nun wurde Wilson am 23. Oktober noch deutlicher und verlangte den Rücktritt des Kaisers so gut wie unverblümt; auch erklärte er, daß für den Vielverband ein Waffenstillstand nur unter solchen Bedingungen in Betracht komme, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch das deutsche Reich ausschließen.

Nun war es ausgesprochen, was die Feinde wollten: auf Gnade und Ungnade sollte sich das deutsche Reich den Feinden unterwerfen, nachdem es sein Oberhaupt beseitigt hatte, und dann warten, welche Verfügung der Vielverband über das wehrlose Volk treffe.

Gab es jetzt eine Wahl?

Für kein anderes Volk als für das führerlose und mißleitete deutsche dieser Zeit hätte es eine solche gegeben, für keine andere Regierung, als für die voll Furcht allein auf die großstädtischen, verhehten Massen blickende deutsche. So antwortete sie am 27. Oktober ausweichend, indem sie auf die inzwischen vorgenommenen Verfassungsänderungen verwies, durch die die entscheidende politische Macht in die Hände der „Volksregierung“ gelegt sei und der auch die militärischen Gewalten unterstellt seien.

Wirklich hatten sich die Regierung und die Reichstagsmehrheit mit unwürdiger Solgsamkeit beeilt, Bismarcks Verfassung so zu ändern, daß sie die Gnade eines Wilson fände; besonders war am 26. Oktober die oberste Kommandogewalt des Kaisers beseitigt worden, der sich diesem Eingriff willenlos gefügt hatte.

Am selben Tage heischte der Staatssekretär Scheidemann im Namen seiner Partei vom Reichskanzler die Abdankung des Kaisers, und erhielt General Ludendorff den Abschied.

Seit der dritten deutschen Note an Wilson vom 20. Oktober hatten sich die Wege der Obersten Heeresleitung von denjenigen der Regierung getrennt und seit der dritten Antwort Wilsons taten Hindenburg und Ludendorff alles, was in ihren Kräften stand, um einen Waffenstillstand unter so verderblichen und entehrenden Bedingungen zu verhindern. Das Schicksal, das sie zuerst in Gang gesetzt hatten, konnten sie nicht mehr aufhalten; sie hatten sich selbst des bestimmenden Einflusses über den Krieg begeben, als sie die politischen

Stellen zur sofortigen Herausgabe der Friedensbitte veranlaßt hatten. Nun erlag der erste Generalquartiermeister der Macht, die seine Gegner infolge jenes verhängnisvollen Schrittes erlangt hatten. Den äußeren Anlaß bot ihnen eine Kundgebung, die der Feldmarschall am 24. Oktober an alle Truppen hatte ergehen lassen; in ihr war gesagt, daß Wilsons Antwort die „militärische Kapitulation“ fordere und deshalb für das Heer unannehmbar sei. Es ergebe sich daraus, daß der Widerstand mit äußersten Kräften fortgesetzt werden müsse. Dieser Befehl war durch eine Verkettung von Umständen ohne General Ludendorffs Mitwirkung abgefaßt worden; er widersprach den Anschauungen und Absichten der Regierenden und sie veranlaßten, sobald sie davon erfuhren, daß er zurückgehalten wurde. Aus dem Inhalt der Kundgebung des Feldmarschalls schlossen Prinz Max und seine Leute, daß General Ludendorff der Urheber sei, und sie beantragten beim Kaiser dessen Entlassung. Der General hatte in den letzten Tagen aus den Verhandlungen mit der neuen Regierung die Überzeugung gewonnen, daß diese Leute sich zu keiner Tat mehr aufraffen würden; um die Lage des Kaisers gegenüber der Heimat und den Feinden, und diejenige seines Vaterlandes den Feinden gegenüber zu erleichtern, hatte Ludendorff am 26. Oktober selbständig den Entschluß gefaßt, seinen Abschied zu erbitten — seine Entlassung erfolgte, unabhängig von seinem Gesuch, auf Betreiben der Regierung. Am selben Tage stand der große Mann zum letzten Male vor seinem obersten Kriegsherrn; er schied von ihm in der Überzeugung, daß binnen zwei Wochen auch der Kaiser gestürzt sein werde. So fiel dieser Mann. Ein erschütterndes Ende dieses Helden, für ihn noch erschütternder, als der Generalfeldmarschall ihn allein gehen ließ.

Mit Ludendorffs Entlassung verlor das immer noch heldenhaft kämpfende Heer sein Haupt, das ihm den einheitlich starken Willen gegeben hatte; sein Nachfolger wurde General Gröner — ein hervorragender militärischer Sachmann aber politisch ohne Halt, ja in den großen Fragen unzuverlässig; seine Wirksamkeit gereichte dem Heere zum Verderben.

* * *

In Österreich hatte Kaiser Karl vor dem staatsfeindlichen Ansturm der Slawen aller Stämme zurückweichend und in der Hoffnung, damit die Gunst des Vielverbandes zu erkaufen, am 16. Oktober 1918 für Österreich eine Kundgebung erlassen, durch die er die Umwandlung der Reichshälfte „dem Willen der Völker gemäß“ in einen Bundesstaat zugestand, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes Gemeinwesen bilden sollte. Harmlos meinte der Kaiser, daß das Vaterland so „gefestigt durch die Eintracht

der Nationen, die es umschleicht, als ein Land freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen möge".

Damit war das alte Österreich aufgelöst, von dem eigenen Herrscher in Trümmer geschlagen. Die Deutschen der Alpenländer, die Polen und die Tschechen gingen alsbald daran, sich eigene Staatswesen zu gründen; die Deutschen Böhmens wandten sich an das deutsche Reich, und die Herrschaft des letzten Habsburgers zerrann unter seinen Händen.

Am selben 16. Oktober zogen die Madjaren aus der kaiserlichen Kundgebung für Österreich den Schluß, sich vollkommen selbständig zu erklären und unabhängig von Österreich und vom deutschen Reiche den Frieden auf Grund der „14 Punkte“ Wilsons anzustreben. Alsbald meldeten die Nichtmadjaren Ungarns ihr Selbstbestimmungsrecht an und bildeten deutsche, rumänische, slowakische, südslawische Volksräte. So war auch Ungarn in voller Zersetzung begriffen.

Trotz alledem hielt die Front: es gab kein Reich, kein Vaterland mehr — aber es gab noch eine „f. u. i. Armee“, die sich bis zum letzten Augenblicke trotz der Verräter, die in ihr sich fanden, heldenhaft schlug — ein ergreifendes Beispiel für die zähe innere Kraft des geschichtlich Gewordenen. Seit der letzten Oktoberwoche hatten die Italiener wieder starke Angriffe unternommen; bis zuletzt wehrten sich die österreichisch-ungarischen Heere erfolgreich, insbesondere schlugen sich die deutschen Regimenter aus Kärnten und Deutschböhmen glänzend. Der Kaiser hatte, als die Wirkung seiner Maßnahmen ganz anders war, als er sie sich vorgestellt hatte, völlig den Kopf verloren; er entließ den Grafen Burian und berief am 24. Oktober den Grafen Julius Andrássy zum Außenminister. Dieser Madjare mißbrauchte sein Amt, um für Ungarn Sondervorteile zu erzielen; er bestärkte den Kaiser in seiner Absicht, ohne Rücksicht auf das deutsche Reich Frieden nachzusuchen. Die Ofenpester Regierung ging noch weiter: sie befahl, um das Wohlwollen des Vielverbandes zu erwerben, den madjarischen Truppen aus dem Kampfe auszuscheiden. Diese folgten dem verräterischen Befehle, indem sie ihre Stellungen im Stiche ließen und abrückten. Der verzweifelte Kaiser suchte am 27. Oktober den Sonderfrieden nach und erbat am 30. Oktober Waffenstillstand. Nun lief der Rest des Heeres auseinander; die in den vordersten Stellungen befindlichen deutschen Regimenter fielen infolge unklarer Fassung der Waffenstillstandsbedingungen in italienische Gefangenschaft. Das sterbende Österreich-Ungarn verpflichtete sich, seine Gebiete den Heeren des Vielverbandes zu öffnen. Durch diese Preisgabe des deutschen Bundesgenossen erschwerte Andrássy der deutschen Heeresleitung die noch vorhandenen Verteidigungsmöglichkeiten, da die Feinde nun von allen Seiten der Süd- und Südostgrenze angreifen konnten. So war die letzte Handlung Kaiser Karls und seines madjarischen Ministers Verrat am deutschen Reiche.

Am 4. November 1918 wurde der Waffenstillstand zwischen dem Donaureiche und dem Vielverband abgeschlossen.

Das österreichisch-ungarische Heer bestand nicht mehr — der Staat der Habsburger war zusammengebrochen.

So war das deutsche Reich jetzt ganz allein.

Mit um so größerer Eindringlichkeit stand es jedem Pflichtbewußten von politischer Einsicht vor Augen, daß es nur eine Rettung gäbe: den Versuch zu machen, das Volk vollkommen über die Folgen aufzuklären, die die Unterwerfung unter den Vernichtungswillen der Feinde haben mußte, — es im Hinblick auf diese furchtbare Gefahr zum höchsten Opfer aufzurufen und den letzten Kampf auf Leben und Tod zu wagen.

Aber an des Reiches Spitze stand Wilhelm II., der sich selbst preisgegeben hatte; Reichskanzler war ein Mann politischer Einbildungen wie Prinz Max; Machthaber waren die Führer der großstädtischen Massen geworden, die längst den Einfluß auf ihre Gefolgschaft verloren hatten; die öffentliche Meinung war von der Presse der Mehrheitsparteien beherrscht, die schändlicher schürte und hegte als je: heldenhafte Entschlüsse waren von all diesen nicht zu erwarten. So verhallten die Rufe, Warnungen, Aufklärungsversuche der Völkischgesinnten ungehört.

Am 28. Oktober hatten zwei der bewährtesten Heerführer, die Generale von Gallwitz und von Mudra, Gelegenheit vor den Staatssekretären ihre Überzeugung zu bekunden, daß der Kampf fortgesetzt werden könne, wenn das ganze Volk aufgerufen werde — aber sie drangen nicht durch. Die in der Zeit Wilhelms II. längst willenlos gewordenen Berufsbureaucraten, die kleinbürgerlichen Staatssekretäre nach der Art eines Payer, die allein nach unten schielenden in hohe Ämter gelangten Volksverführer wie Scheidemann siegten im Rate mit ihrer Kleinheit über die willensstarken und kampfbereiten Feldherren. Männer ohne Heldensinn können nichts Heldisches wagen.

So wurden die Verhandlungen mit Wilson nicht abgebrochen. Nach einer vierten Note des Präsidenten beschloß die Reichsregierung eine „Waffenstillstands-Kommission“ unter der Führung des Staatssekretärs Erzberger zu dem feindlichen Oberstbefehlshaber zu entsenden; sie war innerlich entschlossen, um jeden Preis Frieden zu schließen.

So sah das lebende Geschlecht den Zusammenbruch des deutschen Reiches und seines Volkes.

Der Umsturz.

Die Erscheinungen, die schließlich den inneren Zusammenbruch des deutschen Volkes verursachten, brauchten nicht unbedingt die äußere Niederlage des deutschen Reiches herbeizuführen. Das kämpfende Heer stand auch auf dem entscheidenden westlichen Kriegsschauplatz noch immer weit